

**KEIN KIES
ZUM
KURVEN
KRATZEN**
RELOADED

ZWISCHENBERICHT MIT VORSCHLÄGEN ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG UND -VERMEIDUNG

ANLÄSSLICH DER AUFFÜHRUNG UND DISKUSSION
IM ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENT AM 29.11. 2010



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

STAND 22.11. 2010

KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN_RELOADED
im Rahmen des Projekts: Armut kreativ entgegenwirken und vermeiden

INTERACT

InterACT – DIE WERKSTATT FÜR THEATER UND SOZIOKULTUR


DIE ARMUTSKONFERENZ.

DIE ARMUTSKONFERENZ

**ZWISCHENBERICHT
MIT VORSCHLÄGEN ZUR
ARMUTSBEKÄMPFUNG UND -VERMEIDUNG**

VORWORT

Dieser Zwischenbericht anlässlich der Aufführung von **„Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ im Österreichischen Parlament** präsentiert wesentliche Ergebnisse des partizipativen Kunst- und Forschungsprojekts „Armut kreativ entgegenwirken und vermeiden“, das von InterACT, der Werkstatt für Theater und Soziokultur gemeinsam mit dem österreichweiten Kooperationspartner „Die Armutskonferenz“ und einer Vielzahl von regionalen MitveranstalterInnen durchgeführt wird.

Über interaktive und politische Theaterkunst, sowie über Formen des szenisch-partizipativen Forschens werden Erfahrungen mit und Auswirkungen von Armut thematisiert, zum Ausdruck gebracht und kreativ bearbeitet. Die HauptakteurInnen sind armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen, die sich über dieses Projekt nicht nur Gehör verschaffen, sondern aktiv an der Lösungssuche mitwirken. Genauso wie die ZuschauerInnen bei den zahlreichen Aufführungen, die unter Beweis stellen, dass es in der Bevölkerung viele gibt, denen Armut nicht egal ist, und die auf kreative und demokratische Art und Weise zahlreiche Ideen und Vorschläge zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

- Mehr als **50 (Mit)veranstalterInnen** haben das Projekt in diesem Jahr mitgetragen und so bis Ende November 2010 **22 interaktive Aufführungen** des Forumtheaterstücks „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ **in allen Bundesländern Österreichs und in Südtirol** ermöglicht.
- Mehr als **1200 Menschen** wirkten bei diesen Aufführungen bislang mit und intervenierten dabei rund **120 Mal** in das Spielgeschehen und versuchten ihre Lösungsideen umzusetzen.
- Mehr als **100 verschiedene Vorschläge und Lösungsideen**, um (neuer) Armut entgegenzuwirken, wurden dabei formuliert.

Bei der **Aufführung und Diskussion im Österreichischen Parlament am 29.11.2010** wird den anwesenden Nationalratsabgeordneten und VerantwortungsträgerInnen nicht nur das Forumtheaterstück gezeigt und die Möglichkeit zur Beteiligung auf der Bühne gegeben – es werden auch einige der wichtigsten, im Projektprozess gefundenen, Lösungsideen präsentiert und gemeinsam diskutiert.

Nun liegt der Ball bei den VerantwortungsträgerInnen. Es ist deren Aufgabe die Ergebnisse des Projekts ernst zu nehmen, verantwortlich zu handeln und entsprechende Schritte zur Realisierung der in diesem Endbericht formulierten Vorschläge und Anliegen zu setzen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen FörderInnen, KooperationspartnerInnen, MitveranstalterInnen und BeirätInnen des Projekts. Wir bedanken uns ganz besonders bei allen jenen, die ihre oft sehr belastenden Erfahrungen mit Armut auf offene und selbstbewusste Art in den Prozess des mehrtägigen Theaterworkshops, in die Forumtheateraufführungen und in die Formulierung der Anliegen und Vorschläge eingebracht haben!

Dr. Michael Wrentschur,
Künstlerischer Leiter von InterACT

Graz, 22.11.2010

INHALT

4	Ergebnisse der Österreich-Tournee Die häufigsten politisch-strukturellen Lösungsideen und Vorschläge aus Sicht des Publikums und von Betroffenen
5	Vorschläge und Anliegen zur Armutsbekämpfung und -vermeidung im Einzelnen
6	1) ADÄQUATE MONETÄRE LEISTUNGEN/ MINDESSICHERUNG
8	2) QUALITÄTVOLLE SOZIALE INFRASTRUKTUR UND QUALITÄTVOLLE BILDUNG
14	3) INTEGRATIVE UND INNOVATIVE ARBEITSMARKTPOLITIK
18	4) VERSTÄRKT PARTIZIPATION VON BETROFFENEN
20	5) MEHR STEUER- UND VERTEILUNGSGRECHTIGKEIT
21	6) NEUE REGELN FÜR BANKEN UND KREDITWESEN
23	7) POVERTY PROOFING
24	8) SONSTIGES
25	Rückmeldungen zu den Forumtheateraufführungen
27	Zum Forumtheater „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“
27	PROJEKTIDEE UND HINTERGRUND
28	METHODISCHE VORGANGSWEISE
28	PROJEKTVERLAUF 2010
28	Konzeptphase (12/2009 – 03/2010)
29	Theaterworkshop für armutserfahrene Menschen „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ (04/2010)
29	Stückentwicklung – Proben (05-06/2010)
30	Forumtheateraufführungen „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ (06 – 11/2010)
34	Dokumentation und Auswertung (11/2010)
34	Ergebnisse der Forumtheateraufführungen
35	PROJEKTDATEN
35	Projektmitwirkende
36	MitveranstalterInnen
37	ProjektförderInnen
37	Projektbeirat
38	Projektträger

ERGEBNISSE DER ÖSTERREICH-TOURNEE¹

Die häufigsten politisch-strukturellen Lösungsideen und Vorschläge aus Sicht des Publikums und von Betroffenen

Mehr als hundert verschiedene Ideen wurden artikuliert, folgende Vorschläge und Forderungen wurden am häufigsten genannt:

- MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT DURCH GERECHTE UMVERTEILUNG UND REFORM DES STEUERSYSTEMS
- RECHT AUF INFORMATION – INFORMATION ÜBER RECHTE: RASCHE UND MENSCHENWÜRDIGE BERATUNG UND BEHANDLUNG FÜR MENSCHEN IN PREKÄREN LEBENS- BZW. FINANZIELLEN NOTLAGEN
- SOZIALES UND SOLIDARITÄT FÖRDERN
- EINE MINDESTSICHERUNG, DIE ZUM LEBEN REICHT – RASCHE UND LEICHTE ZUGÄNGE
- EINFÜHRUNG EINES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS
- ENTTABUISIERUNG UND PRÄVENTION VON ARMUT IN SCHULEN UND MEDIEN
- BILDUNG FÜR ALLE – STÄRKUNG DES SELBSTVERTRAUENS UND DER SELBSTVERANTWORTUNG BEI JUNGEN MENSCHEN ALS ARMUTSPRÄVENTION
- ARBEIT UND WIRTSCHAFT: GERECHTE, EXISTENZ SICHERNDE LÖHNE UND VERTEILUNG VON ARBEIT
- VORSCHLÄGE FÜR DAS BANKEN- UND KREDITWESEN: BESSERE RECHTS- UND FINANZIERUNGSMITTEL, ZINSEN- BZW. KOSTENSTOPP UND EINBINDUNG VON BERATUNGSSTELLEN BEI ZAHLUNGSUNFÄHIGKEIT
- AMS UND ARBEITSMARKTPOLITIK: ERHÖHUNG DES ARBEITLOSENGELDES, BEDÜRFNISORIENTIERTE BERATUNG UND AUSBAU SOZIALÖKONOMISCHER PROJEKTE
- PARTIZIPATION VON BETROFFENEN UND VERÄNDERUNG DER POLITISCHEN KULTUR

¹
Nach Aufführungen
in Graz 5x, Gleisdorf,
Ebersdorf, Neudörfel,
Innsbruck, Bregenz,
Kufstein, Bozen, Strobl,
St.Pölten, Wien 3x, Linz
Leoben; Klagenfurt.
Noch ausständig: zwei
Aufführungen an Schu-
len in Graz

DIE VORSCHLÄGE UND ANLIEGEN

zur Armutsbekämpfung und -vermeidung im einzelnen

- 1) ADÄQUATE MONETÄRE LEISTUNGEN / MINDESSICHERUNG
- 2) QUALITÄTVOLLE SOZIALE INFRASTRUKTUR UND QUALITÄTVOLLE BILDUNG
- 3) INTEGRATIVE UND INNOVATIVE ARBEITSMARKTPOLITIK
- 4) VERSTÄRKTE PARTIZIPATION VON BETROFFENEN
- 5) MEHR STEUER- UND VERTEILUNGSGRECHTIGKEIT
- 6) NEUE REGELN FÜR BANKEN UND KREDITWESEN
- 7) POVERTY PROOFING
- 8) SONSTIGES

1. ADÄQUATE MONETÄRE LEISTUNGEN / MINDESSICHERUNG

EINE MINDESTSICHERUNG, DIE ZUM LEBEN REICHT – RASCHE UND LEICHTE ZUGÄNGE

Damit eine Mindestsicherung dazu beiträgt, dass Menschen in Notlagen möglichst rasch wieder herausfinden und nicht weiter in eine Spirale der Armut getrieben werden, sind bei der Ausgestaltung und beim Vollzug der Mindestsicherung folgende Vorschläge besonders bedeutsam:

Menschenwürdige Existenzsicherung, die zum Leben reicht – für alle, die es benötigen

Mit einer Mindestsicherung ist der individuelle Anspruch auf eine menschenwürdige Existenzsicherung verbunden, damit die notwendigen Grundbedürfnisse und die tatsächlichen Wohn- und Lebenserhaltungskosten entsprechend der jeweiligen Preissituation wirklich abgedeckt werden können (insbesondere Miete, Strom, Wohnung, Lebensmittel, Mobilität, Kleidung) und auch soziale Teilhabe ermöglicht wird. Dazu müssen entsprechende Referenzbudgets unter Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen (weiter)entwickelt werden.² Die Leistung für den Wohnbedarf muss der Höhe der tatsächlich anfallenden Wohnkosten – in den jeweiligen Regionen – entsprechen. Die Sicherstellung eines Existenzminimums zum Leben und Wohnen muss garantiert sein. Diese Existenzsicherung soll allen zustehen, wenn sie in prekäre Lebenslagen oder finanzielle Notsituationen geraten sind, egal ob sie beim AMS als arbeitsfähig gelten oder nicht: Der Begriff „Arbeitsfähigkeit“ ist in der Realität weit vielschichtiger, als es einer einfachen Zuordnung entsprechen würde und zudem zeitlichen Schwankungen unterworfen.

Bei der Realisierung der Mindestsicherung sollte vor allem darauf geachtet werden, dass sie individuell auf den einzelnen Menschen bezogen ist, um nicht neue Abhängigkeiten (etwa in einer Partnerschaft) zu schaffen. Die Mindestsicherung soll so gestaltet sein, dass sie menschenwürdiges Wohnen und Mobilität nicht gefährdet und die jeweiligen (Vermögens-)Grenzen so setzt, dass Menschen nicht noch mehr in die Armut getrieben werden, bevor sie Anspruch darauf erwerben. Eine Mindestsicherung sollte Menschen ermutigen und erleichtern, prekäre Situationen und finanzielle Notlagen zu bewältigen und zu überwinden.

Ebenso wichtig erscheint die Erhöhung des gesetzlichen Existenzminimums (Pfändungsgrenze bei Gehaltsexekution) auf 1000,-€. Toleranzgrenzen sollen so gesetzt werden, dass Menschen nicht wegen einiger Cents Beihilfen verlieren.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Leichte und rasche Zugänge für alle

Der Zugang zur Mindestsicherung für Menschen in finanziellen Notlagen ist ein soziales Recht und darf nicht vom Gutdünken der ReferentInnen abhängen, wie es sich oft als Realität zeigt. Bedeutsam ist ein respektvoller und menschenwürdiger Umgang, der nicht stigmatisierend und ausgrenzend wirkt. Außerdem muss der/die ReferentIn umfassend über die BMS informieren und weiterführende Informationen geben können, wertschätzend beraten, sowie eigene Ideen von KlientInnen ernst nehmen.

²

Vgl. dazu
<http://www.referenzbudgets.at>
bzw. www.referencebudgets.eu

Besonders wichtig ist, dass diese Hilfen möglichst unbürokratisch und rasch zur Verfügung gestellt werden, ganz nach dem Motto: „Da darf es keinen Stapel geben!“. Das setzt entsprechende personelle Ressourcen voraus. Lange Warte-, Bearbeitungs-, und vor allem Auszahlungszeiten können prekäre Situationen noch verschärfen und Menschen weiter in die Armutsspirale treiben. Daher müssen in der Umsetzung und Ausgestaltung der Mindestsicherung Verfahrenswege und Fristsetzungen verbindlich und transparent gewährleistet sein und durch genügendes und gut geschultes Personal umgesetzt werden. Dazu zählt auch, dass Familienmitglieder nicht im Vorhinein auf Unterhalt geklagt werden müssen. Die finanzielle Soforthilfe sollte im Akutfall gewährt werden, auch wenn nicht alle Dokumente sofort vorliegen, diese sollen nachgereicht werden können.

Damit die Mindestsicherung die Bewältigung bzw. Überwindung prekärer Situationen und finanzieller Notlagen erleichtert, ist es wichtig, Zuverdienstgrenzen so gestalten und zu staffeln, dass Menschen ermutigt werden, auf legalem Wege Geld über einen befristeten Zeitraum (z.B. 6 Monate) dazuzuverdienen, ohne dass sie gleich ihre Ansprüche verlieren. Es ist wichtig, dass hier gerade im Zusammenspiel mit der Wohnbeihilfe ein flexibles System wirkt, damit nicht über ein paar Euro mehr Verdienst, wichtige Beihilfen und Unterstützungen wieder reduziert oder gestrichen werden. Die BMS darf nicht zu finanzieller Schlechterstellung führen!

Darüber hinaus bedarf es rechtsverbindlicher, klarer und transparenter Kriterien und Verfahrensbestimmungen, in welchen Situationen auf welche Unterstützung gezählt werden kann. Das muss in der Umsetzung und Ausgestaltung der Mindestsicherung gelten, und auch bei darüber hinaus gehenden Leistungen, die der Deckung des Lebensunterhaltes, den Wohnkosten sowie der Verhinderung von Notlagen dienen. In keinem Fall dürfen Leistungen gekürzt werden, die der Deckung des unmittelbaren Lebensbedarfs dienen. Ein Mittel zur Existenzsicherung darf nicht als Instrument der Disziplinierung missbraucht werden!

Die Einführung einer Transparenzdatenbank darf Richtlinien des Datenschutzes nicht zuwider laufen. Zudem zielt sie vor allem auf Menschen mit niedrigen Einkommen bzw. Sozialleistungen ab, während die Vermögen der reichsten 10%, aber z.B. auch vergebene Wirtschaftsförderungen weiter weitgehend intransparent bleiben. Es darf hier zu keiner Ungleichbehandlung kommen.

Bei der Weiterentwicklung der Mindestsicherung ist dafür zu sorgen, dass sie in Zukunft wirklich bundeseinheitlich gestaltet und auch auf Jugendliche ausgedehnt wird.

Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Als Vision für die Zukunft – als nächster Schritt nach der Mindestsicherung - wird von vielen ein bedingungsloses Grundeinkommen vorgeschlagen, das aus existentiellen und bürokratischen Zwängen befreit und zu einem neuen Verhältnis von Arbeit und Einkommen führen soll. Die Einführung eines Grundeinkommens setzt einen umfassenden gesellschaftlichen Wertewandel voraus.

2. QUALITÄTVOLLE SOZIALE INFRASTRUKTUR UND QUALITÄTVOLLE BILDUNG

RECHT AUF INFORMATION – INFORMATION ÜBER RECHTE

Rasche und menschwürdige Beratung für Menschen in prekären Lebens- bzw. finanziellen Notlagen

Es besteht der Wunsch nach menschenwürdiger, bedarfgerechter und qualifizierter Beratung und Behandlung für Menschen in prekären Lebens- bzw. finanziellen Notlagen. Beratungen sollten möglichst den ganzen Menschen und sein Umfeld wahrnehmen und unterstützen und nicht stigmatisieren oder beschämen. Damit einher geht die dringende Forderung nach entsprechend ausgebildetem und zahlreichem Personal, das zur sozial kompetenten und empathischen Beratung ausgebildet wird und zur regelmäßigen Teilnahme an Supervisionen verpflichtet ist.

Recht auf Information – Information über Rechte

Betroffene haben das Recht auf Information über alle verfügbaren Unterstützungsmöglichkeiten und über Rechte und Ansprüche. Um dies zu gewährleisten, schlagen wir die Einrichtung einer unabhängigen Behördenanwaltschaft zur Existenzsicherung vor, die Menschen dabei unterstützt, zu ihrem Recht zu kommen, zumal sich armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen keinen Anwalt leisten können. Diese Behördenanwaltschaft könnte bei der Schuldnerberatung sowie bei anderen sozialen Beratungsstellen angesiedelt sein und sich primär um die materielle Existenzsicherung kümmern. Außerdem werden KlientInnenräte bzw. Selbstvertretung durch Unterstützung von Betroffenenorganisationen gefordert.

Ausreichende, leicht zugängliche, regional verteilte soziale Beratungseinrichtungen und -zentren

Für Menschen in prekären Situationen ist der einfache und rasche Zugang zu relevanten Informationen und Unterstützungen von existentieller Bedeutung. Da im Zuge der Einführung der Mindestsicherung die ursprünglich geplanten „One-Desk-Shops“ nicht installiert wurden, schlagen wir integrierte Sozialberatungsstellen vor, die als regionale Sozialzentren bei den Bezirkshauptmannschaften oder größeren Gemeinden angesiedelt sind. Diese könnten niederschweligen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen gewährleisten und Betroffenen das Gefühl nehmen, „herumgeschickt“ zu werden. Sinnvollerweise sollen sich dort alle BürgerInnen (nicht nur spezielle Gruppen) über relevanten Unterstützungen informieren können und es soll qualifizierte, ganzheitliche Beratung angeboten werden, die optimal auf Behördenwege vorbereitet und so allen Beteiligten Zeit und Ressourcen erspart.

Bessere Vernetzung der beteiligten Stellen

Alle mit Armutsbekämpfung befassten Einrichtungen sollten notwendige und weiter verweisende Informationen zur Verfügung stellen, damit rasche Unterstützung möglich ist. Dazu zählt weiters, dass alle notwendigen Formulare auf einer Internetadresse verfügbar sind. Dazu ist eine bessere Vernetzung der beteiligten Stellen eine wichtige Voraussetzung.

SOZIALES UND SOLIDARITÄT FÖRDERN

Die Stärkung von sozialem Zusammenhalt kann in vielen verschiedenen Formen ihren Ausdruck finden. Neben dem Ausbau der Infrastruktur geht es dabei auch um eine solidarische Kultur des Miteinanders. *Dazu zählen:*

Verbesserungen im Angebot sozialer Dienstleistungen

- Ausbau statt Kürzungen im Sozialbereich
- Genügend leistbaren, angemessenen Wohnraum schaffen.
Insbesondere auch für Menschen mit Psychiatrieerfahrung, für die es zuwenig betreutes Wohnen gibt und diese sich eine eigene Wohnung ohnehin nicht leisten können (daher bleiben viele Menschen in der Psychiatrie).
Es sollen innovative Wohnraumbeschaffungs-Projekte gefördert werden.
- Förderung von einkommensschwachen Menschen durch einen Mobilitätspass, der auch für die ÖBB gilt und nicht auf ein bestimmtes Alter beschränkt ist
- Mehr Geld für Krankenversorgung, diese sollte gratis zugänglich sein – ebenso wichtig ist es, in Vorsorge zu investieren. Das sollte auch für Zahnbehandlungen oder Zahnersatz gelten: Ohne Zähne keine Arbeit – ohne Arbeit keine Zähne ...

Entwicklung alternativer Werte für Wirtschaft und Gesellschaft – und deren Umsetzung in konkreten Projekten

- Der Mensch muss im Vordergrund stehen, nicht die Wirtschaft.
- Chancengleichheit für alle
- Nachbarschaftshilfe und Solidarität fördern
- Förderung für Gründung von gemeinschaftlichen Kooperationen ohne Gewinnorientierung (Tauschbörsen)
- Familienförderung erweitern und dabei mehr Rücksicht auf verschiedene Lebenssituationen und Lebensformen nehmen. Arbeitszeitverkürzung sollte mehr Zeit für familiäre Betreuung ermöglichen
- Gesellschaftliche Verantwortung für Kinder in schwierigen sozialem Umfeld wahrnehmen
- nicht mehr Benötigtes an Hilfsbedürftige abgeben – aber nicht in entwürdigender, beschämender Form und nicht im Sinne von „Mein Schrott für die Armen“
- Mehr günstige Einkaufsmöglichkeiten schaffen, und zwar weniger über spezielle Geschäfte für „Arme“ sondern durch eine andere Preisgestaltung der Handelsketten und -konzerne (wobei auch die Bedingungen der ProduzentInnen, z.B. KaffeebäuerInnen und MitarbeiterInnen in der Lebensmittelproduktion und im -verkauf zu verbessern sind).

ENTTABUISIERUNG UND PRÄVENTION VON ARMUT IN SCHULEN UND MEDIEN

Aufklärung und Information in Schulen und Medien, um Stigmatisierung entgegenzuwirken und dem Finden von Lösungs- und Veränderungsstrategien Raum zu geben. Bessere Aufklärung über Unterstützungsangebote.

Bildungsarbeit in Schulen unter dem Motto: „Armut ist keine Schande“

Breite Diskussion / Aufklärung / Information in Schulen zur Enttabuisierung des Themas

Dabei soll besonders auf strukturelle und systemische Ursachen der Armut bzw. der Arbeitslosigkeit eingegangen und mit dem Alltag und individuellen Schicksalen in Verbindung gebracht werden. Es sollen Mechanismen, die zum Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich führen, begreifbarer werden, aber auch gesellschaftspolitische Maßnahmen aufgezeigt und diskutiert werden, besonders im Rahmen von fächerübergreifendem Projektunterricht und in Praktika. Weiterer Schwerpunkt muss eine Wertedebatte darüber sein, was Lebensqualität für jede/n einzelne/n und für das gesellschaftliche Zusammenleben bedeutet.

Bildungsangebote entwickeln, die Kindern und Jugendlichen (ab ca. 12 Jahren) das Bewusstsein über die Risiken von Finanzdienstleistungen, wie z.B. Ratengeschäfte, Krediten und andere Schuldenfallen schärfen. z.B. vorhandenes Forumtheaterstück in Schulen aufführen und Information/ Diskussion mit Schuldnerberatung, Betroffenen, Elternverein organisieren.

Ausbau der Schulsozialarbeit

In diesem Zusammenhang wurde wiederholt der Ausbau der Schulsozialarbeit vorgeschlagen, die SchülerInnen in Problemlagen oder prekären Situationen dabei unterstützen kann, in Kontakt mit Beratungseinrichtungen und sozialen Diensten zu kommen, die zur Problemlösung und Bewältigung von existentiellen Krisen beitragen können.

Umsetzung armutspräventiver Maßnahmen in Schulen

... unter Miteinbeziehung von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern: Angebot für gemeinsame Mahlzeiten, Nachmittagsbetreuung, Diskussion über Kleidung und Werbung generell und in der Schule, Information der Eltern über finanzielle Unterstützungsangebote bei Schulveranstaltungen (z.B. Schikurs), „Kostnix“-Tauschbörsen, kostenlose Freizeitmöglichkeiten etc.

Keine Verpflichtung zum Kauf teurer Markenprodukte für verpflichtende Schultensilien; Wiedereinführung der Gratisschulbuchaktion; Budgets für Werk- und Unterrichtsmaterialien, damit diese von SchülerInnen kostenlos in Anspruch genommen werden können.

Bei Schulveranstaltungen wie Sport- oder Sprachwochen ist darauf zu achten, dass diese qualitativ, aber so kostengünstig wie möglich sind und die Beteiligung aller SchülerInnen ermöglicht wird.

Bessere psychosoziale Ausbildung von LehrerInnen

Mediale Berichterstattung

Breite Diskussion / Aufklärung / Information in Schulen zur Enttabuisierung des Themas

Dabei soll besonders auf strukturelle und systemische Ursachen der Armut bzw. der Arbeitslosigkeit eingegangen und mit dem Alltag und den individuellen Schicksalen in Verbindung gebracht werden. Es sollen Mechanismen, die zum Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich führen, begreifbarer werden, aber auch gesellschaftspolitische Maßnahmen aufgezeigt und diskutiert werden.

Objektive, nicht stigmatisierende Reportagen und Berichte zum Thema Armut

– kein Bloßstellen und „Vorführen“ von Menschen, die in Armut leben – Interviews und Berichte sollen auf gleicher Augenhöhe erfolgen.

Einkommensschwache Menschen sollen nicht nur als Opfer, sondern auch als aktive Menschen wahrgenommen und dargestellt werden, die z.B. ehrenamtlich tätig sind. Die Medien haben es stark in der Hand, ob Gerüchte und Klischees über einkommensschwache Menschen weiter bedient werden, oder ob die Berichterstattung dazu beiträgt, ein anderes Bild und Bewusstsein von Armut in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu erzeugen.

Aufklärung von Ursachen und Folgen von Konsumrausch

BILDUNG FÜR ALLE – STÄRKUNG DES SELBSTVERTRAUENS UND DER SELBSTVERANTWORTUNG BEI JUNGEN MENSCHEN ALS BEITRAG ZUR PRÄVENTION VON ARMUT

Bildung stellt eine wichtige Ressource am Arbeitsmarkt und für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung dar und ist in diesem Sinne ein entscheidender „Verhinderer“ von Armut. Daher muss der Zugang zu Bildung für alle Menschen auf gleiche Weise möglich sein. Ausbildungsmöglichkeiten müssen gerecht für alle, unabhängig von ihrer ökonomischen Situation, zugänglich sein. Dies erfordert die Förderung von Lehrplätzen, finanzielle Unterstützung für SchülerInnen aus finanzschwachen Familien, Unterstützung von Jugendlichen in Ausbildung, die in einem eigenen Haushalt leben müssen, sowie ein ausreichendes Stipendiensystem. Es soll damit Menschen aller sozialer Schichten und Alterstufen möglich sein, zu studieren und ihr kulturelles und symbolisches Kapital zu erweitern und Wege aus sozialer Isolation (auch im Alter) zu finden. Damit einher geht die Forderung, auf Zugangsbeschränkungen im Bildungswesen zu verzichten.

Qualitativ hochwertige Kindergärten – Personalaufstockung

Eine qualitativ hochwertige Früh- bzw. Vorschulförderung ist eine wichtige Maßnahme gegen die Vererbung von Armut: Sie betrifft nicht nur Kinder mit Bedarf an Sprachunterstützung, sondern allgemein Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern. Die Zeit zwischen 3 und 6 Jahren birgt große Chancen, sozial benachteiligte Kinder spielerisch und individuell zu fördern. Eine gute integrative Kinderpädagogik ist in dieser Phase ein schützender und stärkender Faktor für das Selbstbewusstsein der Kinder und die Entwicklung ihrer sozial-emotionalen und kognitiven Fähigkeiten. In diesem Zusammenhang ist unserer Meinung nach die qualitative Sicherung der Kinderbetreuung wesentlich. Diese ist gefährdet, wenn zu viele Kinder von zu wenigen PädagogInnen betreut werden müssen. Die Beibehaltung bzw. Förderung von Kleingruppen würde auch mehr Arbeitsplätze für KindergärtnerInnen schaffen. Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Aufgabe müssen KindergartenpädagogInnen besser bezahlt werden und umso besser ausgebildet sein, je jünger die Kinder sind, mit denen sie arbeiten.

Eine Schule für alle

Eine Schule, in der zu wenig gelernt und zu viel gelehrt wird, rechnet fix mit außerschulischen Nachhilfestunden. Das stellt in jedem Fall eine Benachteiligung für einkommensschwache und ressourcenarme Haushalte da. Sozial erfolgreichen Schulkonzepte zeichnen sich durch die Orientierung an den unterschiedlichen Lebenswelten ihrer SchülerInnen aus und fördern diese individuell: in heterogenen Gruppen. Es braucht einen Unterricht, der den für alle Beteiligten fatalen Kreislauf von (auswendig) Lernen – Prüfung – Vergessen zu durchbrechen versucht; einen Unterricht, der statt aufeinanderfolgende Vergessensabschnitte zu produzieren, Lernprozesse aktiv gestaltet und auf Anforderungen des aktuellen Lebens Rücksicht nimmt. Und es braucht eine Schulorganisation, in der sich Kinder und ihre Familien nicht schon mit 9 1/2 Jahren über ihre weitere Bildungs- und Berufslaufbahn entscheiden müssen.³

3

vgl. dazu
http://www.armut.at/armutskonferenz_news_armutsbericht_schule_020507.htm

Ausbildungsstipendien für Jugendliche

Bestehende Förderungen decken nicht den finanziellen Bedarf einkommensschwacher Jugendlicher. Wir schlagen daher spezielle Ausbildungsförderungen in Form von Stipendien für Jugendliche von 14 – 19 Jahren aus einkommensschwachen Familien vor, sowie für Jugendliche in Ausbildung, die weder in ihrer Familie noch im Rahmen einer Jugendwohlfahrtsmaßnahme versorgt sind, sondern in einem eigenen Haushalt leben (müssen).

In diesem Zusammenhang ist es außerdem wesentlich, dass die Familienbeihilfe für arbeitsuchende Jugendliche nicht gestrichen wird!

Wiederholt wurde der Ausbau der Schulsozialarbeit vorgeschlagen, die SchülerInnen in Problemlagen oder prekären Situationen dabei unterstützen kann, in Kontakt mit Beratungseinrichtungen und sozialen Diensten zu kommen, die zur Problemlösung und Bewältigung von existentiellen Krisen beitragen können.

Fonds zu Unterstützung der Lehrlingsausbildung

Für einkommensschwache Familien ist der Besuch der Berufsschule eines Kindes eine zusätzliche finanzielle Belastung. Die Tatsache, dass manche Betriebe die Kosten für den Schul- bzw. Internatsbesuch übernehmen, andere hingegen nicht oder nur teilweise, schafft wiederum soziale Differenzen und finanzielle Hürden. Um diese zu überwinden, könnte ein Ausgleichsfonds für Klein- und Mittelbetriebe eingerichtet werden, damit diese die Lehrlingsausbildung besser unterstützen können und den Aufwand für den Schul- bzw. Internatsbesuch abgelten können.

Dringend empfohlen wird eine Mindestlehrlingsentschädigung von 500.- €.

Erwachsenenbildung muss für alle leistbar sein

In einer Zeit, in der lebenslanges Lernen (LLL) eine Voraussetzung für das Bestehen am Arbeitsmarkt – und auch für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung – darstellt und von allen Seiten gefordert wird, müsste die Weiterbildung von Erwachsenen stärker gefördert werden. Das heißt, LLL darf nicht an den finanziellen Mitteln scheitern! Das betrifft auch Weiterbildungen der Persönlichkeit, da „Soft Skills“ am Arbeitsmarkt immer mehr zur Grundvoraussetzung werden. Das schließt die Gebührenbefreiung an Volkshochschulen (auch im kreativen Bereich, nicht nur Gesundheit und spezifische berufliche Weiterbildung) genauso ein, wie Qualifizierungsangebote verschiedener anderer Einrichtungen (z.B. WIFI). Wichtig erscheinen Unterstützungen (etwa durch das AMS) für Menschen, die erst im Erwachsenenalter eine Ausbildung an einer FH oder Uni machen wollen bzw. können.

Verstärkte Anerkennung von Bildungsabschlüssen für MigrantInnen

Im Ausland erfolgte Ausbildungen von Migrantinnen müssen verstärkt anerkannt werden, um Dequalifikation und damit einhergehenden Armutsrisiken entgegenzuwirken. Keinesfalls sollte die Anerkennung über zusätzliche Prüfungen erfolgen, die auch noch selbst zu bezahlen sind.

3. INTEGRATIVE UND INNOVATIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

ARBEIT UND WIRTSCHAFT: GERECHTE, EXISTENZSICHERNDE LÖHNE UND VERTEILUNG VON ARBEIT

Mindestlöhne erhöhen – Arbeit zur Existenzsicherung

- Die Lohngestaltung muss einer realen Existenzsicherung angepasst werden. Es geht nicht an, dass Menschen arbeiten und trotzdem ihre Existenz nicht absichern können. Durch Vollzeitarbeit muss das Überleben (mit der Familie) gesichert sein, daraus ergibt sich ein Mindestlohn von ca. 1200.-€ netto. Ziel muss eine EU-weite Anhebung und Anpassung der Mindestlöhne sein.
- Den immer mehr um sich greifenden prekären Arbeitsverhältnissen, repräsentiert zum Beispiel auch durch Leiharbeit, die in manchen Fällen einem modernen Sklaventum gleichkommen, muss Einhalt geboten werden. Vielmehr benötigt es einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriff mit gleichen Rechten in allen Jobs.
- Zur Überprüfung der Arbeitsverhältnisse müssen die Betriebe durch das Arbeitsinspektorat stärker kontrolliert werden; um betrieblichen Sozialbetrug zu erschweren, sollten Gesetzesübertretungen vermehrt strafrechtlich belangt werden.
- Auch das Lohnniveau in Teilzeitjobs soll aliquot angehoben werden (ca. 600 – 800.-€ netto für 50%), um damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen, die ein Überleben sicherstellen können. Das würde die Situation derzeitiger „Working poor“ verbessern und langfristig auch Kosten einsparen, da durch stressbeladene Situationen viele Betroffene letztendlich gesundheitlich auf der Strecke bleiben. Auch könnte in manchen Fällen dadurch Kinderbetreuung gesichert werden. Wenn beide Eltern arbeiten und damit eine Familie erhalten können, wäre es ihnen so möglich sich die Kindererziehung zu teilen, bzw. die Kinderbetreuung dadurch zu gewährleisten.
- Wenn Teilzeitjobs angeboten werden, sollten fixe Arbeitszeiten gewählt werden können, um nicht auf Abruf bereit sein zu müssen, und damit die Chance bestehen bleibt, gegebenenfalls eine zweite Arbeitsstelle annehmen zu können. Überstunden sollten bei Teilzeitstellen bei Wunsch bzw. Notwendigkeit ausbezahlt und nicht über Zeitausgleich „abgegolten“ werden. Außerdem sollten auch bei Teilzeitjobs Aufstiegsmöglichkeiten bestehen
- Löhne und Einkommen müssen für Männer und Frauen bei gleichen Tätigkeiten in der gleichen Höhe sein, die Löhne und Einkommen insgesamt gerechter sein. Außerdem müssen die Löhne in jenen beruflichen Sparten, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, angehoben werden (Handel, Pflege ...).
- Gewinne von Unternehmen sollten auch an die MitarbeiterInnen weitergegeben werden bzw. sollten Dividenden nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz an Aktionäre ausbezahlt werden, damit Teile des Gewinns auch im Unternehmen bleiben.

Aufwertung unbezahlter Arbeit – finanzielle Abgeltung von bisher unbezahlten Dienstleistungen an der Gesellschaft

- Verschiedene Formen der Nichterwerbstätigkeit, im Sinne von Lohnerwerbstätigkeit, (dazu gehören Haushalts- und Pflegearbeit sowie ehrenamtliche Tätigkeiten) sind nicht unproduktiv, sie stellen vielmehr einen wichtigen Faktor im Dienste der Gesellschaft dar. Dieser muss über den symbolischen Wert hinaus auch von der Gesellschaft anerkannt werden und zwar u.a. durch Gleichstellung mit Ansprüchen, die aus Erwerbstätigkeiten hervorgehen, z.B. durch die Anrechnung dieser Tätigkeiten für den Pensionsanspruch bzw. im Hinblick auf den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Beendigung dieser gesellschaftspolitischen wichtigen Tätigkeit.

Schaffung von Arbeitsplätzen durch bessere Aufteilung von Arbeit, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und „Green Jobs“

- Eine Vielzahl der Vorschläge bezieht sich darauf, Erwerbsarbeit insgesamt besser zu verteilen, etwa durch eine Arbeitszeitverkürzung.
- Klein und Mittelbetriebe sind das Rückgrat aller Volkswirtschaften und sollten bevorzugt gefördert werden, dass sie in Summe die meisten Arbeitsplätze schaffen und im Vergleich zu Großkonzernen über geringe finanzielle Ressourcen verfügen. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Förderung der Herstellung nachhaltiger Produkten (Stichwort „Green Jobs“) zu achten und darauf, dass Wirtschaftsförderung nur jenen Betrieben zu gute kommt, die im Bezug auf MitarbeiterInnen, Einkommen und Arbeitsbedingungen nachhaltig und sozial gerecht agieren. Förderungen sollten bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen auch wieder entzogen werden können.

AMS UND ARBEITSMARKTPOLITIK: ERHÖHUNG DES ARBEITSLOSENGELDES, BEDÜRFNISORIENTIERTE BERATUNG UND AUSBAU SOZIALÖKONOMISCHER PROJEKTE

Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Durch die derzeitige Höhe des Arbeitslosengeldes von 55% des für die Berechnung maßgeblichen Lohnes (was sogar unter dem durchschnittlichen EU-Niveau liegt) bedeutet der Verlust der Arbeit für viele Menschen einen Absturz in die Prekarität, für Teilzeit beschäftigte Menschen hat ein Jobverlust noch gravierendere Folgen, da vom Arbeitslosengeld allein ein Leben nicht möglich ist. Durch ein Anheben des Arbeitslosengeldes auf 80% kann für viele Arbeitslose ein Leben in Prekarität (und damit oft verbundene Anhäufung von Schulden) vermieden werden.

Individuen statt „Einzelfälle“ – Recht auf individuelle Beratung von Erwerbsarbeitslosen!

Erwerbsarbeitslose Menschen wollen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Vor allem wenn sie finanziell in einer prekären Situation leben, steigt der Druck zu Annahme prekärer Jobs, was viele als Nötigung und Maßnahme der sozialen Disziplinierung erleben. Das AMS sollte eine wirkliche Servicestelle sein. Daher sollte es eine Informationsverpflichtung und eine menschenwürdige Beratung des AMS für arbeitslose Menschen in prekären Lebens- bzw. finanziellen Notlagen statt psychisch belastender Vorgaben und Forderungen geben.

Um aus der finanziell wie auch psychisch sehr belastenden Situation der Erwerbsarbeitslosigkeit wieder möglichst schnell den Weg zurück ins Berufsleben zu finden, ist für Erwerbsarbeitslose eine individuelle Beratung von größter Bedeutung. Diese beinhaltet eine vollständige Aufklärung über alle Rechte und Pflichten, die Weitergabe von Adressen anderer Stellen mit Hilfsangeboten (Sozialamt, Wohnbeihilfe, Beratungsstellen, ...) sowie die Erstellung bedürfnisorientierter (!) Weiterbildungsmaßnahmen unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen!

Bezugssperren als Armutsfallen

Eine weitere Armutsfalle für Erwerbsarbeitslose stellen Bezugssperren dar, die u.a. auch verhängt werden, wenn der AMS-Kunde bzw. die Kundin ins Ausland fährt, während einer Maßnahme um Freistellung ansucht oder bei Nichterscheinen im nicht-nachweisbaren Krankheitsfall. Es besteht der Wunsch danach, dass Bezugssperren jedenfalls aufgehoben werden, wenn diese sich eine Auszeit nehmen (müssen), an einer freiwilligen Weiterbildung teilnehmen oder sich gesellschaftspolitisch engagieren.

In jedem Fall wichtig ist die Information über eine etwaige Bezugssperre, von der erwerbsarbeitslose Menschen heute oft erst dadurch erfahren, dass kein AMS-Bezug überwiesen wurde. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag entstanden, Betroffene rechtzeitig vor einer Bezugssperre zu informieren, damit diese sich rechtfertigen können und einen schriftlichen Bescheid über die Bezugssperre auszustellen, gegen den Einspruch erhoben werden kann.

Installierung eines unabhängigen Arbeitslosenanwaltes

Zur rechtlichen Unterstützung der Arbeitslosen soll ein unabhängiger Arbeitslosenanwalt (oder eines Behördenanwalts) installiert werden, der die Rechte der Arbeitslosen wahrt (Vertretung bei Verhängung von Bezugssperren, als unsinnig erachteten Maßnahmen, ...).

Alternativ bzw. zusätzlich sollen KlientInnenbeirat beim AMS eingerichtet und generell die Selbstorganisation von Erwerbsarbeitslosen, auch im Sinne der Selbstvertretung gestärkt und strukturell und finanziell gefördert werden

Verstärkte Anerkennung von Bildungsabschlüssen für MigrantInnen

Im Ausland erfolgte Ausbildungen von MigrantInnen müssen verstärkt anerkannt werden, um Dequalifikation und damit einhergehenden Armutsrisiken entgegenzuwirken. Keinesfalls sollte die Anerkennung über zusätzliche Prüfungen erfolgen, die auch noch selbst zu bezahlen sind.

Langzeitarbeitslosigkeit entgegenwirken – Ausbau sozialökonomischer Betriebe und Projekte

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik soll nachhaltige Strategien zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung jener umsetzen, die kaum Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Durch Gründung/Wiederinstallierung von sozialökonomischen Betrieben bzw. Arbeitsprojekten und Förderung von Betrieben, die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen ermöglichen, kann Langzeitarbeitslosigkeit entgegengesteuert werden. Informationen über entsprechende Projekte sollten erwerbsarbeitslose Menschen möglichst bei den ersten Beratungsgesprächen bekommen (und nicht zufällig erfahren, dass es welche gibt). Die Vermittlung an Projekte sollte für die Betroffenen freiwillig bleiben und auch vor dem Ablauf eines Jahres Erwerbsarbeitslosigkeit möglich sein. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, dass es eine möglichst zielgerechte und bedürfnisgerechte Zuteilung zu einem Beschäftigungsprojekt gibt.

Auch auf diesem 2. und 3. Arbeitsmarkt dürfen die ArbeitnehmerInnen nicht ausgebeutet werden und zu Stundenlöhnen von 4,50.-€ (oder noch weniger) arbeiten müssen. Minimallöhne in diesem Sektor sind nicht nur Armutsfallen, sie vergrößern auch die Zahl der Arbeitslosen und die Tendenz zur Arbeitsverweigerung.

Arbeitsverhältnisse in sozialökonomischen Projekten sollten in Bezug auf Entlohnung, Versicherung und Ansprüchen den Arbeitsverhältnissen am 1. Arbeitsmarkt entsprechen, die Verweildauer sollte deutlich angehoben werden bzw. sollten auch Dauerarbeitsplätze in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden können.

Weitere Vorschläge:

- Mehr Beschäftigte und mehr Geld im/für öffentlichen Bereich für Beeinträchtigte und Benachteiligte, verbunden mit Einschränkungen der „Freikaufsmöglichkeit“ für Unternehmen
- Förderungen für ältere Arbeitssuchende - Menschen, die kurz vor der Pensionierung stehen, sollten vom AMS nicht bedrängt werden
- Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit
- Arbeitsmodelle mit flexiblen Möglichkeiten, Sozialhilfe und Lohn zu verbinden bei gleichzeitigem Schutz vor Lohndumping

4. VERSTÄRKTE PARTIZIPATION VON BETROFFENEN UND VERÄNDERUNG DER POLITISCHEN KULTUR

Förderung von Beteiligten-Netzwerken

Wir schlagen vor, zum einen selbst organisierte Netzwerke von Betroffenen besonders zu fördern, da diese für ihre kontinuierliche Entwicklung entsprechende Ressourcen und Rahmenbedingungen benötigen (Räumlichkeiten, Arbeitsmaterialien, finanzielle Unterstützung etc.). Um deren politische Unabhängigkeit zu unterstützen, sollten Räume vor allem im öffentlichen Eigentum von Gemeinden, Ländern oder Bund zur Verfügung gestellt werden oder Möglichkeiten geschaffen werden, Bürogemeinschaften dafür zu nutzen. Zum anderen sollten Projekte, die zur Aktivierung, Vernetzung und Partizipation von Betroffenen beitragen, unterstützt werden. Diese Netzwerke haben jeweils einen erheblichen Anteil daran, dass wichtige Informationen unter (armuts)betroffenen Menschen besser weitergegeben werden und es zu Erfahrungsaustausch und Meinungsbildung als wichtige Grundlage für ein „für sich selbst sprechen“ kommt. Die SprecherInnen solcher Netzwerke stellen eine wichtige kommunikative Verbindung zwischen Behörden und Betroffenen, aber auch gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen dar.

Institutionalisierte Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten

Wir fordern mehr institutionalisierte Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten von Menschen mit Armutserfahrungen bei der Entwicklung von gesetzlichen Maßnahmen oder Projekten, die sie unmittelbar betreffen, damit diese Ihre lebensweltlichen Erfahrungen, ihre Expertisen und Ressourcen in die Entscheidungsfindung einbringen können. Es geht darum, mit ihnen „auf gleicher Augenhöhe“ und nicht über sie zu reden und ihre weitreichenden Erfahrungen und Expertisen wahr und ernst zu nehmen. Dazu ist es nötig entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen und verbindliche Regeln und Abläufe zu beschließen: Partizipation darf nicht – wie so oft – zu einer Alibi- bzw. „Good will“ Aktion verkommen, sondern muss gesetzlich verankert und entsprechend vorbereitet werden.

- Dringend und wichtig erscheint die Mitsprachemöglichkeit bei der Weiterentwicklung der Mindestsicherung und weiterer sozialpolitischer Gesetze insgesamt. Damit im Zusammenhang steht die Forderung nach der Überprüfung der Sozialverträglichkeit von Gesetzen (in ähnlicher Weise, wie es bereits Wirtschafts- und Umweltverträglichkeitsüberprüfungen gibt).
- Dazu kann etwa ein Beirat von VertreterInnen von Betroffenen zur Begutachtung von Gesetzen, Programmen und Projekten eingerichtet werden. Grundlage für den Beirat wäre die Förderung eines österreichweiten Netzwerkes von Sozialinitiativen, Selbsthilfeorganisationen und Betroffenen.
- Regelmäßig sollen VertreterInnen des Beirats die Möglichkeiten erhalten, aktiv Vorschläge in die Ausschüsse des Parlaments einzubringen.
- Grundlage für diese Vorschläge wäre die Durchführung einer Enquete, zu der Betroffene, ExpertInnen und NGO's eingeladen werden, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Partizipation von Betroffenen in der Bundespolitik aussehen könnte.
- Möglich und sinnvoll erscheinen auch Dialoge mit Betroffenen, ExpertInnen und Behörden/Politik.

- In keinem Fall dürfen der Bezug von Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld ein Grund dafür sein, von politischer Partizipation ausgeschlossen zu sein. In keinem Fall darf es Bezugssperren bei Teilnahme an sozialen und gesellschaftspolitischen Initiativen oder Beteiligungsprojekten geben.

Veränderung der politischen Kultur

Ein Reihe von Vorschlägen richtet sich an die politische Kultur insgesamt: So wird wiederholt der Wunsch nach „echtem“ Interesse der Politik an den Problemen und Bedürfnissen der Bevölkerung geäußert. Das setzt zum einen voraus, dass sich PolitikerInnen auch im Bereich der sozialen Kompetenz entsprechend weiterbilden und sie sich zum anderen Zeit für den Dialog mit Betroffenen bzw. den Einblick in unterschiedliche Lebenswelten nehmen, über den eigenen Tellerrand schauen und weniger auf „geschönte“ Statistiken vertrauen. Dazu müssten z.B. gewählte Nationalratsabgeordnete in der Zeit der Ausübung ihres politischen Mandats ihre berufliche Tätigkeit ruhend stellen und sollten auch an keinen Aufsichtsräten u.ä.m. mitwirken können.

Die Kosten für Wahlkämpfe sollen drastisch reduziert werden, Wahlwerbung selbst vielmehr im Sinne einer ehrlichen Leistungsbilanz gestaltet werden. In diesem Zusammenhang und im Sinne der Kostenersparnis wird auch die Abhaltung verschiedener Wahlen an einem Tag vorgeschlagen.

5. MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT DURCH GERECHTE UMVERTEILUNG UND REFORM DES STEUERSYSTEMS

Nicht alle partizipieren gleichermaßen an Wohlstandsentwicklung und Gewinnen. Zu den EinkommensverliererInnen gehören Unselbständige, und sogenannte „neue Selbständige“, und dabei besonders viele Frauen. Die Zahl der „Working poor“ also jene Menschen, die trotz Erwerbsarbeit in Armut leben, nimmt laufend zu, vorsichtige Schätzungen (Eurostat) gehen von mittlerweile ca. 6% aller Beschäftigten aus. Europaweit sind mehr als die Hälfte aller von Einkommensarbeit betroffenen Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis.

GewinnerInnen der Wohlstandsentwicklung sind UnternehmerInnen und Vermögende, die von Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten etc. leben. Ökonomische Studien bestätigen die wachsende Ungleichheit der Privatvermögen. Aus dem letzten Bericht des Sozialministeriums über die soziale Lage in Österreich geht hervor, dass 1% der ÖsterreicherInnen über 34% des Vermögens, weitere 9% über 35% und 90% über die verbleibenden 31% des Vermögens verfügen.

Um die Kluft zwischen arm und reich zu vermindern, braucht es eine Reform des Steuersystems, die für mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit sorgt.

Zentrale Elemente wären u.a.:

- eine gerechtere Verteilung des Vermögens
- höhere Einkommen für NiedrigverdienerInnen
- Anreize für sozial- und umweltverträgliches Handeln

Reform-Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem⁴

- höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen (Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, Spekulationssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer etc.)
- Neue Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer
- Entlastung von Steuern auf Lohnarbeit bzw. Senkung der Lohnnebenkosten
- Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage der Sozialversicherung
- Transparente Verhandlungen über eine gerechte Verteilung von Unternehmensgewinnen auf alle Beschäftigten
- Steuergerechtigkeit durch das Abschaffen von Steuerprivilegien (z. B. für Stiftungen)
- Den Abfertigungsmissbrauch bei SpitzenverdienerInnen unterbinden

Nachhaltiger Einsatz von Steuergeldern⁵

Allgemein besteht das Anliegen, dass Steuergelder nachhaltig eingesetzt werden. Angeregt wird eine Umschichtung in Richtung Kinderbetreuung, Bildung/Kultur und in das regionale Gemeinwesen (z.B. Beschäftigungsprojekte). Größere Projekte bzw. Investitionen sollen verstärkt von unabhängigen Gremien überprüft werden.

⁴

Vgl. dazu auch www.wege-aus-der-krise.at

⁵

Vgl. u.a. die Ausgabenvorschläge des Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget 2011 unter www.wege-aus-der-krise.at

6. NEUE REGELN FÜR DAS BANKEN UND KREDITWESEN

Bessere Rechts- und Finanzierungsinformation auch über die „Nebenwirkungen“ durch realistische Beratung

Vor Abschluss eines Kredits soll durch die Bank tatsächlich eine ausführliche, klare und verständliche Beratung und Information über die Rechtsfolgen des Kredits – auch und besonders für BürgInnen und MitkreditnehmerInnen – erfolgen. Auch Informationen über Möglichkeiten und Vorgehen bei Zahlungsunfähigkeit (Stundungen etc.) sollen klar und ausführlich – und am besten in schriftlicher Form – vermittelt werden. (eventuell über ein zu unterschreibendes Infoblatt). Zudem sollten Kredite in verantwortlicherer Weise nur an jene vergeben werden, deren Rückzahlungsmöglichkeit zum Zeitpunkt des Abschlusses auch objektiv als realistisch eingeschätzt werden kann.

Befürwortung wie auch Ablehnung eines Kreditantrags müssen nachvollziehbar argumentiert werden.

Bei Zahlungsunfähigkeit: Einbindung von Beratungsstellen durch den Gläubiger

Verpflichtende Einschaltung der Schuldnerberatungsstellen durch Gläubiger bevor Kredite fällig gestellt werden: Bevor das Inkassobüro eingeschaltet wird oder ein Kredit fällig gestellt wird, sollte die verpflichtende Einbindung einer Sozial- bzw. Schuldnerberatung durch den Gläubiger erfolgen. Bei drohender Zahlungsunfähigkeit würde den Betroffenen Beratung von Schuldnerberatungsstellen angeboten, die entsprechend flächendeckend und mit genügend Personal ausgestattet sein müssen. Dieses Angebot soll von den betroffenen Gläubigern (Banken, Versandhäusern) „eingeleitet“ werden, bevor Kredite fällig gestellt oder Inkassobüros eingeschaltet werden.

Zinsen- und Kostenstopp bei Arbeitslosigkeit bzw. Zahlungsunfähigkeit – Kostenerlass und Zinssenkung in finanziellen Notsituationen

Existenzsicherung vor Schuldentilgung: Während die Zinses-Zins-Dynamik auf der Seite des Kapitals bzw. der Vermögenden exponentielle Zuwachsraten und Vermehrungen des Vermögens begünstigt, wirkt sich für Menschen in der Armuts- bzw. Schuldenfalle dramatisch aus, dass sich die Zinslasten ebenso exponentiell vermehren. So werden Reduzierungen der Kreditraten vereinbart, die Höhe der Rate reicht aber nicht einmal aus, um die Zinsen zu zahlen, d.h. der Schuldenberg wächst, obwohl Kreditraten bezahlt werden. Das Auseinanderklaffen zwischen „arm und reich“ wird durch die Zinses-Zins-Dynamik verstärkt.

- Zahlungsunfähige Personen sollen keine Verzugszinsen zahlen müssen und die Möglichkeit auf Stundung. bzw. Ruhendstellung des Kredits bekommen. Die Existenzsicherung muss stets Priorität vor der Rückzahlung von Schulden haben. Damit würde SchuldnerInnen die Chance gegeben werden, schneller und tatsächlich zu einer Tilgung zu kommen.

- Es sollte auch finanzschwachen Menschen möglich sein, ein Gehaltskonto bei einer Bank spesenfrei einzurichten, da es sonst schwer ist, eine Arbeit zu erhalten. Diese Möglichkeit sollte gerade auch für Menschen bestehen, die auf der sog. „Schwarzen Liste“ stehen. Dieses Konto sollte auf Haben-Basis und ohne Überziehungsrahmen einrichtet sein und eine Buchungskostenbefreiung für lebensnotwendige Buchungen beinhalten.
- Sollte dieses spesenfreie Konto nicht möglich sein, sollten Menschen in finanziellen Notlagen zumindest für lebensnotwendige Bareinzahlungen, wie Miete, Strom, Heizung, Telefon, Internet von der Erlagscheingebühr befreit werden.

Reform des Privatkonkurs- und Exekutionsrechts

Es muss auch für private SchuldnerInnen mit niedrigem Einkommen bessere und raschere Möglichkeiten geben, wieder schuldenfrei zu werden.

Exekutionsverfahren sollen nicht beliebig oft betrieben werden können.

Weitere Vorschläge

- Verbot der aktiven Bewerbung von Krediten
- Keine weitere Bankenförderung, dagegen Förderung anderer gesellschaftlicher Bereiche – wenn überhaupt Bankenförderung, dann nur bei starker staatlicher und öffentlicher Kontrolle.
- Stärkere Regulierung der Finanzmärkte, Verbot von undurchsichtigen Finanzgeschäften: daraus entstehende Kosten für das Finanz- und Bankensystem dürfen nicht auf KundInnen abgewälzt werden
- Ermöglichung von Kleinstkrediten (Mikrokrediten) bei genauer Überprüfung, wer zu welchen Bedingungen und für welchen Zweck solche Kredite vergibt und welche zusätzliche Beratung bzw. Begleitmaßnahmen eventuell notwendig sind.

7. EINFÜHRUNG VON „POVERTY PROOFING“

Das Konzept des „poverty proofings“ geht davon aus, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen Aspekte der Armutsprävention berücksichtigt werden müssen. Es soll zum Auftrag aller Organisationen, Institutionen, Unternehmen, etc. werden, Prävention, Bewusstseinsbildung/Sensibilisierung und Enttabuisierung der (Neuen) Armut in ihrem Alltag einfließen zu lassen. Das Ziel ist nicht nur eine breite Diskussion und Entemotionalisierung, sondern vor allem das Finden von Veränderungsstrategien und Lösungen, um die Stigmatisierung und das Leid von Betroffenen sukzessive abzubauen und im Gegenzug Empowerment und Zivilcourage zu fördern.

Da die Politik mit ihrer gesetzgebenden Funktion eine Schlüsselstelle in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen darstellt, soll „Armut Mainstreaming“ bzw. „poverty proofing“ zu einem normalen und selbstverständlichen Bestandteil in der Entwicklung politischer Maßnahmen werden. Das bedeutet, dass politische Maßnahmen im Vorfeld auf ihre Auswirkungen auf die von Armut und/oder Prekarität betroffenen Menschen geprüft werden müssen.

Politik/Wissenschaft

Mehr Gehör und Energie für die Umsetzung der zahlreichen Veränderungsvorschläge von mit Armut befassten Institutionen, Organisationen, NGOs, etc ...

Kein Armutsbericht ohne Reichtumsbericht und ohne Verteilungsstudie – es geht darum, gesellschaftliche Bereiche, die scheinbar wenig miteinander zu tun haben (wollen) in Beziehung zu bringen und Verhältnisse aufzuzeigen. Z.B. Wie lebt es sich mit 850.-€, wie mit 8.500.-€ und wie mit 80.500.-€ im Monat.

Stärkere Zusammenarbeit bzw. Miteinbeziehen von Betroffenen in die Entwicklung von Projekten und Gesetzen

Verstärkte Begriffsarbeit

Viele Begriffe im Zusammenhang mit dem Thema Armut werten Betroffene ab. Ähnlich wie bei der Genderthematik sollen gängige Begriffe analysiert und wenn notwendig umgedeutet bzw. durch neue ersetzt werden. (z.B. statt sozial schwach: kapital schwach) Dazu braucht es auch radikal-positive Gegenentwürfe zu dominierenden Bildern von Menschen, die von Armut betroffen sind.

8. SONSTIGES

- Stopp der Privatisierung von Infrastrukturversorgung
- Privilegien abbauen
- Schnellere Bearbeitung von Asylanträge
- Keine Transparenzdatenbank
- Praktikumsstellen für Berufsfindung
- MentorInnen aus Unternehmen für Betroffene
- Erlebnisorientierte Pädagogik/Theater
- Frauenspezifischer Blick auf Armut
- Abbau von Hierarchien
- Machtpositionen reduzieren (Ämter, Arbeitsgeber)
- Abschaffung der Bundesländer

RÜCKMELDUNGEN ZU DEN FORUMTHEATERAUFFÜHRUNGEN

Die Veranstaltung hat sehr gut gezeigt, wie rasch Menschen in die Armutssituation abgleiten und wie hilflos sie dem gegenüber stehen. Gleichzeitig hat sich auch gezeigt, dass die Umwelt dem Geschehen sehr hilflos gegenüber steht und auch von staatlichen Stellen praktisch keine Lösungsmöglichkeiten angeboten werden.

Meine Erkenntnis ist, dass viele der betroffenen Personen jemanden brauchen, der seinerseits nicht von dieser Problematik betroffen ist und der sich für ihre Anliegen einsetzt. Dies nicht im Sinne genereller politischer Vorgaben sondern im konkreten Einzelfall, wenn es um eine Art Coaching oder auch Beratung der Einzelpersonen geht, letztlich auch um eine aktive Hilfe bei Antragsstellungen Behörden gegenüber etc.

Eine politische Forderung ist es, dass Institutionen die in diesem Bereich Beratungen anbieten, von der öffentlichen Hand stärker unterstützt werden, wobei dies von mir konkret im Rahmen der Budgeterstellung vorgesehen wird.

Gerade die Hilfe für Armutsopfer stößt oftmals auf Unverständnis und oft wäre es politisch nicht durchsetzbar hier wirklich erhebliche Beträge einzusetzen. Beträge gehören aus meiner Sicht auch nicht ausschließlich dahingehend eingesetzt, dass Personen fallweise Geld überwiesen wird, sondern ich halte eine Beratungstätigkeit für wesentlich aussichtsreicher, da ja Personen in der Armutsspirale den Herausforderungen oftmals völlig hilflos gegenüberstehen.

Mag. Martin Krumschnabel, Bürgermeister der Stadt Kufstein

Die Wirkung der Aufführung war stark: alle Zuschauer sind zum Nachdenken angeregt worden. Die sozialarbeiterische Routine wurde durch einen starken "reflexiven" Moment unterbrochen. Die Methode des Theaters ist viel stärker als z.B. ein Vortrag. Auch am Montag in der Arbeit wurde noch aufs Theater Bezug genommen.

Dr. Karl Tragust, Leiter des Ressorts für Familie, Gesundheit und Sozialwesen der Provinz Bozen

Ich war sehr erfreut über das Interesse in der Kufsteiner Bevölkerung. Mich persönlich hat das Theaterstück sehr beeindruckt, es wurde auf sehr überzeugende (und durchaus auch unterhaltsame) Weise auf die Situation von Armutsbetroffenen aufmerksam gemacht. Vor allem die unterschiedlichsten Bereiche bzw. verschiedenen Auswirkungen von Armut wurden sichtbar. - z.B. wie sich die Situation für die Kinder auswirkt. Auch die schauspielerische Leistung hat mich begeistert! Ich habe im Anschluss an die Veranstaltung sehr viele positive Rückmeldungen bekommen. Für mich wurde deutlich, dass es auch bei uns viele Menschen gibt, die sich mit dem Thema schon jetzt auseinandersetzen, die sich dafür interessieren und eigentlich gerne "was tun" würden – und die man vielleicht auch in Zukunft ansprechen kann.

Mich persönlich hat die Veranstaltung wieder motiviert, aktiver zu werden. Die Anwesenheit und das Interesse unseres Bürgermeisters möchte ich dazu nutzen, auch die Stadtgemeinde mehr in Überlegungen einzubeziehen. Ich denke es geht einerseits darum, ganz konkrete Schritte zu überlegen, wie wir in unserer Stadt Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung finden können, andererseits wurde mir auch wieder bewusst, dass es noch viel an Information und Bewusstseinsbildung braucht.

Christiane Moser, Kufstein

Die Veranstaltung hat auf mich wieder einen sehr positiven Eindruck gemacht: professionell und engagiert. Auch das “Davor und Danach” – mit der gesamten Organisation war sehr angenehm. Ihr seid ein tolles Team! Was ich mir mitgenommen habe: wachsam sein und schon früher (re)agieren.

Natürlich auch die Überlegung, wie ich das beruflich im Zuge der Sozialpädagogischen Betreuung umsetzen kann. Wir müssen bei unseren MitarbeiterInnen ja auch manchmal “Feuerwehr” spielen; das heisst, das Schlimmste abwenden – da gibt es dann keine Wahlmöglichkeiten mehr.

Möglichkeiten sehe ich vor allem darin, “Bewusstseinsarbeit” zu leisten, d.h. immer wieder darauf aufmerksam machen, gut auf sich selbst zu schauen, im Augenblick präsent zu sein und wahrzunehmen, was abläuft. Ich finde, es gehört in der Schule ein Unterrichtsfach eingeführt, welches solche Themen behandelt: Eigenverantwortung übernehmen, Bewusstsein, Reflexion, und vieles mehr ...

Angela Heil, SOEDIB Hartberg

Ich war beeindruckt und die Bilder sind mir immer noch präsent. Das Engagement und die Aufrichtigkeit der SchauspielerInnen, ihre Kompetenz und schauspielerische Leistung waren sehr eindrücklich. Die Aufarbeitung hätte auf die Kompetenz der Anwesenden mehr eingehen können und die politische Diskussion im Anschluss war ein trauriger Beweis für die Verhältnisse und Strukturen, die jene Umstände erzeugen, in denen sich das Stück abspielt. Es bräuchte ein Einfordern von konkreten Schritten, einem aktiven Handeln und verbindlichen Zusagen der anwesenden politisch Agierenden. Das können sehr kleine Schritte sein, aber das wäre besser als keine großen.

Dr.ⁱⁿ Christine Baur, Abgeordnete zum Tiroler Landtag

Als Kind aus einer wenig begüterten Arbeiterfamilie habe ich mich in vielen Szenen wiedergefunden und konnte mich vor allem mit der Tochter sehr gut identifizieren. Das Stück erzeugt Solidarität und regt zum Nachdenken über Lösungsmöglichkeiten an. Ich habe bei meiner Arbeit immer wieder mit armutsgefährdeten Familien, vor allem Alleinerziehende zu tun. Für mich ist es ein Auftrag, noch mehr Material über Unterstützungsmöglichkeiten zu sammeln, um den Menschen weiterhelfen zu können.

Alles Gute für Ihre Arbeit, Sie haben mich alle sehr beeindruckt!

Mag. Wolfgang Unterlercher, Katholisches Familienwerk Kärnten

ZUM FORUMTHEATER „KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN_RELOADED“

PROJEKTIDEE UND HINTERGRUND

„Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ ist ein Forumtheaterprojekt und zugleich ein partizipatives Kunst- und Forschungsprojekt. Es nimmt seinen Ausgangspunkt in dem Widerspruch, dass auf der einen Seite 10% der Bevölkerung über mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens verfügen, während andererseits mehr als 1 Million Menschen in Österreich an oder unter der Armutsschwelle leben – darunter vielfach Frauen, Kinder und Jugendliche (vgl. Studie „Armut in Österreich“ des bmask, 2008). Viele von ihnen haben das Gefühl, dass es trotz aller Anstrengungen und Bemühungen oft nicht zum Notwendigsten reicht.

Das Projekt will seit seinem Beginn im Jahr 2007 (unter dem Namen „Kein Kies zum Kurven Kratzen: neuer Armut entgegenwirken“) auf kreative Weise dazu beitragen, die Situation von Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen zu verbessern und Ideen und Vorschläge an die Politik zu formulieren. Interaktive Theaterkunst und szenisches Forschen werden mit politischer Beteiligung verbunden, über einen künstlerischen und dialogischen Prozess werden Lösungsansätze – unter Einbeziehung von unmittelbar Betroffenen – entwickelt.⁶

Gemeinsam mit Menschen mit Armutserfahrungen wurde im Jahr 2010 das 2007 entstandene Forumtheaterstück „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ neu adaptiert und aktualisiert und in allen Bundesländern unter Beteiligung vielfältiger Stakeholder, armutserfahrener Frauen und Männer sowie der breiten Öffentlichkeit aufgeführt. Dabei wurden mit Hilfe künstlerischer Mittel gemeinsam Verbesserungsvorschläge im Hinblick auf wirksamere Strategien und Maßnahmen der Armutsbekämpfung und -vermeidung auf kreative Weise reflektiert und diskutiert. Über Veranstaltungen in allen Bundesländern, bei denen sich das Publikum am Geschehen unmittelbar beteiligen konnte, wurden Impulse für die Diskussion über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung geschaffen.

Das Projekt versteht sich als künstlerische Intervention in den sozialen und politischen Raum und aktiviert auf unterschiedlichen Ebenen zur politischen Partizipation und Lösungssuche. Armutserfahrene Frauen und Männer sind dabei über das ganze Projekt maßgeblich involviert: Ihre Erfahrungen und Expertise wurden zu maßgeblichen Input für die Neuentwicklung des Forumtheaterstückes „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“. Das Forumtheaterstück feierte am 8. Juni in Graz Premiere und wurde anschließend 22 Mal in ganz Österreich aufgeführt.

Alle eingebrachten Ideen und Vorschläge von 20 Aufführungen mit mehr als 1200 TeilnehmerInnen wurden dokumentiert und werden in weiterer Folge den politischen VerantwortungsträgerInnen übergeben.

Das Projekt richtete sich damit in besonderem Maße an Menschen, die über Erfahrungen mit finanziellen Notlagen verfügen, die armutsgefährdet oder akut arm sind. Methoden der Theaterarbeit waren das Medium, mit denen Betroffene ihre Erfahrungen mit und die Auswirkungen von Armut thematisieren, zum Ausdruck bringen und kreativ

⁶
Das Projekt wurde 2010 mit dem 1.Preis der „SozialMarie“ ausgezeichnet, der für sozial innovative Projekte vergeben wird (www.sozialmarie.org)

bearbeiten konnten. Auf diese Weise sollte gewährleistet sein, dass die entwickelten Aktionen und Szenen auf authentischen Lebenserfahrungen und realen, alltäglichen Situationen beruhen.

Zu beteiligten AkteurInnen wurden auch all jene, die zu den interaktiven Aufführungen gekommen sind, sich am Spielgeschehen und an den Diskursen beteiligten und politische Vorschläge entwickelten.

METHODISCHE VORGANGSWEISE

Das Projekt folgte zum einen dem Ansatz des sogenannten *Legislative Theaters* zum anderen den Methoden und Prozessen *szenisch-partizipativen Forschens*.⁷

Diese Verbindung künstlerischer und wissenschaftlicher Methoden sollte armutsbetroffene und -gefährdete Menschen dazu ermutigen und inspirieren, in einem kreativen und gemeinschaftsbildenden Prozess ihre Erfahrungen und Sichtweisen zum Ausdruck und in einen politischen Prozess einzubringen:

- *Was erleben Menschen, die in finanzielle Notsituationen und prekäre Lebenslagen geraten?*
- *Welche Möglichkeiten haben sie, mit der Situation umzugehen?*
- *Welche Wege führen heraus? Welche Veränderungen – auch im System – sind aus der Sicht von Betroffenen dazu notwendig?*

In weiterer Folge wurden interaktive Forumtheateraufführungen durchgeführt, die im Sinne kollektiver Forschungsforen zur gemeinsamen Lösungssuche aktivierten. Diese Veranstaltungen erwiesen sich auch als Form der intervenierenden und kommunikativen Feldforschung, bei der regionale Befunde und Umgangsformen zu Armut wahrgenommen werden konnten.

Die auf diese Weise entstandenen Lösungsideen und politischen Vorschläge wurden zusammengefasst, verschiedenen Themenbereichen zugeordnet und mit den armuts-erfahrenen TeilnehmerInnen am Projekt diskutiert. Die Ergebnisse wurden in einem inhaltsanalytischen Prozess zu Vorschlägen und Anliegen verdichtet und mit weiteren ExpertInnen und nochmals mit armuts-erfahrenen Menschen besprochen.

Das Projekt erstreckte sich im Jahr 2010 über mehrere Stationen, deren Verlauf und Ergebnisse im Folgenden kurz beschrieben werden:

PROJEKTVERLAUF 2010

KONZEPTPHASE (10/2009 – 03/2010)

In der Konzeptphase wurde gemeinsam mit ProjektteilnehmerInnen aus dem Jahr 2007 sowie MitarbeiterInnen der Armutskonferenz die Aktualität des ursprünglichen Stücks untersucht, zudem wurden Ideen für weitere Themen, die im Stück behandelt werden sollten, gesammelt.

Darüber hinaus wurden Ideen und Konzepte für die Gestaltung, Organisation und Realisierung einer Österreichweiten Aufführungsserie und eines Österreichweiten Workshops entwickelt.

⁷

Vgl. dazu: BOAL, A.: *Legislative Theatre. Using Performance to make Politics*. London/New York 1998; WRENTSCHUR, M.: *Forschen mit Methoden des Theaters und des szenischen Spiels. Ein Zwischenbericht*. In: BÜLOW-SCHRAMM, M./GISPER, D./KROHN, D.: *Bühne frei für Forschungstheater. Theatrale Inszenierungen als wissenschaftlicher Erkenntnisvorgang*. Oldenburg 2007; WRENTSCHUR, M.: *Forum Theatre as a Participatory Tool for Social Research and Development: A Reflection on Nobody is perfect: A Project with Homeless People*; in: Pat Cox, Thomas Geisen and Roger Green (Ed.): *Qualitative Research and Social Change: European Contexts*. Palgrave Macmillan: New York 2008, S.94 – 111.

Die letzte Aufführung des ursprünglichen Stücks (in nur leicht adaptierter Form) fand bei der Eröffnungsveranstaltung zu „2010 Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ in Salzburg unter Beteiligung von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Bundessozialminister Rudolf Hundstorfer, Bundespräsident Heinz Fischer u.a. statt.

THEATERWORKSHOP FÜR ARMUTSERFAHRENE MENSCHEN „KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN_RELOADED“ (04/2010)

Ziel des Workshops, der von 7.–10. April 2010 im Bildungshaus Retzhof stattfand, war es vor allem, auf partizipative und kreative Weise zusammen mit armutserfahrenen Menschen bereits bestehende Szenen zu überarbeiten und Ideen für neue Szenen für das Forumtheaterstück zu entwickeln. Diese Szenen sollten vor allem jene ihrer Erfahrungen widerspiegeln, wo der Schuh besonders drückt und der Wunsch nach Veränderung am Größten ist.

Gemeinsam mit der Armutskonferenz bewarb InterACT den Workshop in ganz Österreich über NGOs und Selbsthilfegruppen, wodurch eine Workshopgruppe mit 22 TeilnehmerInnen aus fast allen Bundesländern entstehen konnte. Auch vom persönlichen Hintergrund und vom Alter waren die TeilnehmerInnen bunt gemischt. Durch die gemeinsame Unterbringung aller TeilnehmerInnen ergab sich eine dichte Atmosphäre, die den Workshopverlauf positiv beeinflusste.

Den TeilnehmerInnen wurde die Ursprungsvariante des Stücks gezeigt, um anschließend zu diskutieren, inwieweit es ihren Erfahrungen widerspiegelt, bzw. wo es Ideen zur Veränderung bzw. für neue Szenen gibt. In weiteren Workshopseinheiten wurden unter Zuhilfenahme des Lehrstücktexts „Der böse Baal, der Asoziale und die zwei Mäntel“ Assoziationen zur Realität von armutserfahrenen Menschen hergestellt wie AMS-, Sozialamts-, Amtsarzt-Situationen bis hin zur Asyldebatte.

In einem nächsten Schritt wurde an Schlüsselszenen des ursprünglichen Forumtheaterstücks gearbeitet, unterschiedliche hinderliche Haltungen von Hilfesuchenden und HelferInnen (Bank, Ämter) wurden theatral erforscht. Der letzte Workshopteil widmete sich ganz dem Finden neuer Szenenideen. Mittels Bildertheater wurde zu den Bereichen Gesundheit/Ärzte, Sozialamt, Schule/Jugendliche und Vorurteile Impulse für neue Szenen erarbeitet.

Im Laufe der zweieinhalb Tage wuchsen die TeilnehmerInnen schnell zu einer vertrauten Gruppe zusammen, in der persönliche Geschichten gut aufgehoben waren und intensiv gearbeitet wurde.

*„Wir haben den Aufenthalt in Leibnitz sehr genossen. Das Ambiente war unbeschreiblich schön, aber einen echten Genuss haben die Teilnehmer und euer Team gebracht. Selten zuvor haben wir erlebt, dass eine so große Anzahl von Menschen so respektvoll miteinander umgeht und dadurch so viel Spaß miteinander hat. [...] In jedem Fall nehmen wir eine wunderschöne Erinnerung mit und eine Menge neuer freundschaftlicher Kontakte.“
(Rückmeldung eines teilnehmenden Ehepaares)*

STÜCKENTWICKLUNG – PROBEN (05 – 06/2010)

Auf Basis der Ergebnisse des Workshops wurde in intensiven Probearbeiten die Neufassung des Stückes erarbeitet. Neben eingehenden Recherchen zu den inhaltlichen Dimensionen des Stückes wurden armutserfahrene Menschen, sowie ExpertInnen und VertreterInnen von Behörden und sozialen Organisationen in die Probenarbeit eingebunden.

FORUMTHEATERAUFFÜHRUNGEN „KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN_RELOADED“ (06 – 11/2010)

Ziel der interaktiven Forumtheateraufführungen in ganz Österreich war es insbesondere, Menschen zur aktiven Beteiligung am Spielgeschehen zu aktivieren und auf diese kreative Weise gemeinsam Lösungs- und Veränderungsideen zu entwickeln, um (neuer) Armut entgegenzuwirken. Über die Kooperation mit regionalen MitveranstalterInnen wurde versucht, unterschiedliche Gruppen von Menschen zum Besuch der Aufführungen zu bewegen: Menschen mit und ohne Erfahrungen mit finanziellen Notlagen sowie Menschen, die über ihre Arbeit in sozialen oder politischen Organisationen Bezug zur Thematik haben.

Zum Stück

Familie Schmölzer führt ein ganz normales Leben. Der Vater Herbert – Maschinenschlosser –, die Mutter Elfriede – Hausfrau und Nebenerwerbsschneiderin. Die Tochter Petra geht noch zur Schule.

Die Eltern haben für die Neueinrichtung der Wohnung einen Konsumkredit aufgenommen, die Rückzahlung der Raten stellt kein Problem dar.

Doch als Herr Schmölzer aufgrund eines Bandscheibenvorfalles seinen Job verliert und als Leiharbeiter nur mehr einen Bruchteil seines alten Gehaltes verdient, nimmt das Unglück seinen Lauf. Die Familie gerät von einem Moment zum anderen in eine prekäre Lebenssituation. Zu allem Überflus verliert auch noch Herbert seinen Job in der Leihfirma aufgrund der Wirtschaftskrise.

Die verzweifelte Lage in der Familie spitzt sich immer mehr zu, in dem Klima von ständigem Streit und Vorwürfen scheidet schließlich auch die Ehe von Herbert und Elfriede.

Die Situation verschärft sich, weder Herbert noch Elfriede können am Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen.

Die Tochter Petra ist von zu Hause ausgezogen und muss neben der Schule arbeiten, um sich das Leben finanzieren zu können. Unter dieser schwierigen Situation leiden die Schulnoten der Jugendlichen, der positive Schulabschluss ist gefährdet.

Schließlich droht die Bank mit einer Fälligestellung des alten Kredits.

Am Ende landet die Familie in verzweifelter Isolation: Herbert vereinsamt in seiner Substandard-Wohnung, Petra muss die Träume für ihre Zukunft zu Grabe tragen und Elfriede erhält ein Schreiben von der Bank mit der Fälligestellung des Kredits – über 15.000.- Euro.

Das Konzept von Forumtheater / Ablauf der Aufführungen

Forumtheater ist eine interaktive Theaterform, die in der Arbeit von InterACT einen großen Stellenwert einnimmt: Es ist eine öffentlich-theatralische Diskussion, in der das Publikum alternative Handlungen und Handlungsweisen zu einer vorgespielten Szenenfolge ausprobieren kann. *Forumtheater* hebt die Grenze zwischen SchauspielerInnen und ZuschauerInnen auf, das Publikum verwandelt sich in TeilnehmerInnen und VerantwortungsträgerInnen des dramatischen, theatralischen Geschehens.

Eine wichtige Rolle nimmt dabei der „Joker“ ein, er ist gewissermaßen ein Moderator, der während der Veranstaltung zwischen dem Geschehen auf der Bühne und im Publikum vermittelt.

Nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellung des Projekts durch den „Joker“ gab es bei jeder Aufführung eine kurze theatrale Einstimmung mit dem Publikum, um die Stimmung aufzulockern und die klassische „Zuschauerrolle“ bereits zu Beginn aufzubrechen. Nachdem der Joker das Publikum über den Programmablauf und

die Methode Forumtheater informiert hatte, wurde das Forumtheaterstück gezeigt, das in ein aussichtslos scheinendes Ende mündet.

Nun nahm das Publikum die Möglichkeit wahr, sich mit den SitznachbarInnen über das Gesehene zu unterhalten und gemeinsam alternative Handlungsmöglichkeiten zu überlegen.

Im Anschluss daran wurden jene Szenen des Forumtheaterstückes noch einmal gezeigt, bei denen das Publikum Veränderungsideen anbringen wollte: Das Publikum hatte nun die Möglichkeit, an jeder beliebigen Stelle „Stopp!“ zu rufen und auf der Bühne jene Rollen zu ersetzen, die im Verlauf der Szene als ohnmächtig, ratlos oder unterdrückt erscheinen. Da es bei „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ um die Situation und Möglichkeiten von Menschen in finanziellen Notlagen ging, konnten hier in erster Linie die Betroffenen des Stückes, die drei Rollen der Familie Schmölder, ersetzt werden. Indem ZuschauerInnen eine dieser Rollen ersetzten, konnten unterschiedlichste Lösungen ausprobiert werden. Die übrigen DarstellerInnen reagierten spontan auf diese sogenannten „Einstiege“ und es entwickelten sich spannende Improvisationen.

Dadurch wurden die Folgen des Handelns sichtbar gemacht – Handeln und Erkenntnis werden in einem solchen „dramatischen Labor“ gemeinsam entfaltet und reflektiert. Auf diese Weise werden bei jeder Aufführung eine Vielzahl an neuen Handlungs- und Lösungsideen gefunden.

Neben den individuellen Handlungsmöglichkeiten standen bei den Forumtheaterraufführungen stets auch strukturell-politische Themen im Mittelpunkt. Um diesen den nötigen Raum zu geben, wurden am Ende der Forumphase die ZuschauerInnen dazu eingeladen, ihre Lösungsvorschläge und politischen Forderungen zum Thema „Neue Armut“ zu finden, die für sie in Beziehung zur jeweiligen Aufführung stünden. Mehr als verschiedene 100 Lösungsideen und politische Vorschläge wurden auf diese Weise formuliert und proklamiert.

Alle Einstiegsideen wurden von InterACT-MitarbeiterInnen mitdokumentiert, alle Lösungsideen und Forderungen gesammelt.

Aufführungen 2010

Graz / Steiermark

08.06 / Premiere / 20:00 Uhr / Nice Litte Theatre / Opernring 5

Weitere Aufführungen: 09., 11. und 12.06.

VeranstalterIn: InterACT

(insgesamt ca. 160 TN)

Neudörf / Burgenland

18.06. / 19:00 Uhr / Hotel Restaurant Neudörf

Veranstalte: ÖGB Burgenland

(80 TN)

Graz / Steiermark

26.6.2010 / 15:00 Uhr / Rittersaal im Landhaus, Graz

Veranstalterin: Schuldnerberatung Steiermark G.m.b.H.

(120 TN)

Ebersdorf / Steiermark

07.07 / 20:00 Uhr / Gemeindezentrum Ebersdorf

VeranstalterInnen: AMS Hartberg, BAS Hartberg, Bezirkshauptmannschaft Hartberg, Kulturzentrum Ebersdorf, Raiba Bad Waltersdorf, SöDieB GmbH, Sozialhilfeverband Hartberg, Sparkasse Bad Waltersdorf (ca. 30 TN)

Innsbruck / Tirol

22.9. / 19:00 Uhr / Haus der Begegnung Innsbruck
VeranstalterInnen: spectACT gemeinsam mit AK Tirol, Haus der Begegnung,
Verein unicum:mensch, Caritas Tirol
(ca. 60 TN)

Bregenz / Vorarlberg

23.09. / 20:00 Uhr / Theater Kosmos, Festspielhaus Bregenz
VeranstalterInnen: Theater Kosmos gemeinsam mit Caritas Vorarlberg, DOWAS,
Land Vorarlberg, IfS, Hunger auf Kunst und Kultur
(ca. 40 TN)

Bozen / Südtirol

24.09. / 19:00 Uhr / Auditorium Roen
Veranstalter: Ressort für Familie, Gesundheit und Sozialwesen der Provinz Bozen
| Assessorato alla famiglia, sanità e politiche sociali
(ca. 30 TN)

Kufstein / Tirol

25.09. / 20:00 Uhr / Saal der Landesmusikschule
VeranstalterInnen: Österreichisches Rotes Kreuz, Bezirksstelle Kufstein;
Pfarre Kufstein/St. Vitus
(ca. 70 TN)

Strobl am Wolfgangsee / Salzburg

04.10. / 19:30 Uhr / Bildungshaus Strobl
VeranstalterInnen: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung und ARGE
Gemeinwesenarbeit und Erwachsenenbildung
(ca. 50 TN)

St. Pölten / Niederösterreich

15.10. / 19:00 Uhr / Kulturhaus St. Pölten-Wagram
Veranstalterin: Caritas der Diözese St. Pölten
(ca. 40 TN)

Gleisdorf / Steiermark

18.10. / 18:00 Uhr / Kulturkeller
Veranstalterin: Chance B Gleisdorf
(ca. 50 TN)

Wien

19.10. / 17:30 Uhr / Haus der Begegnung / 1020 Wien
Im Rahmen der Tagung „Armut und Bildung“
VeranstalterInnen: Verband Österreichischer Volkshochschulen;
Forum Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich
(ca. 70 TN)

Linz / Oberösterreich

08.11. / 19:30 Uhr / Arbeiterkammer / Kongreßsaal
VeranstalterInnen: AK OÖ gemeinsam mit Verein AHA, Sozialplattform OÖ
(ca. 30 TN)

Wien

09.11. / 14:00 Uhr / Brunnenpassage, Yppenplatz / 1160 Wien
AMS-Veranstaltung (intern), Veranstalter: AMS Wien
(ca. 130 TN)

Wien

09.11. / 20:00 Uhr / Brunnenpassage, Yppenplatz / 1160 Wien
Veranstalterin: Armutskonferenz,
(ca. 100 TN)

Leoben / Steiermark

10.11. / 19:30 Uhr / Stadttheater / 19.30 Uhr
Veranstalter: ÖGB Region Obersteiermark Mitte
(ca. 110 TN)

Klagenfurt / Kärnten

14.11. / 18:00 Uhr / Künstlerhaus
VeranstalterInnen: Katholisches Bildungswerk gemeinsam mit: Katholische
Frauenbewegung, Katholischer Akademikerverband, Katholisches Familienwerk,
Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung
(ca. 60 TN)

Weitere Aufführungen nach Fertigstellung des Zwischenberichts:

Graz / Steiermark

25.11. / 09:25 Uhr
Veranstalter: Berufsschulzentrum 7, Graz

Graz / Steiermark

26.11. / 09:25 Uhr
Veranstalter: BRG/BG Dreihackengasse, Graz

DOKUMENTATION UND AUSWERTUNG (11/2010)

Die gesammelten Einstiege, Lösungsvorschläge und politischen Forderungen wurden nach den Aufführungen zu thematischen Bereichen zusammengeführt und dabei mit Vorschlägen und Ideen der Aufführungen der ursprünglichen Stückversion (2007 – 2009) verknüpft.

In Folge wurden die Vorschläge und Forderungen zunächst mit armutserfahrenen TeilnehmerInnen von „Sichtbar werden“ in Steyr (13./14.11.) reflektiert, diskutiert und zum Teil verändert bzw. ergänzt. In weiterer Folge wurden diese von ExpertInnen aus dem Sozialbereich und der Armutsforschung durchgesehen.

ERGEBNISSE DER FORUMTHEATERAUFFÜHRUNGEN

Mehr als **50 (Mit)veranstalterInnen** haben das Projekt mitgetragen und so bis 22. November 2010 **20 interaktive Aufführungen** des Forumtheaterstücks **in allen Bundesländern Österreichs und in Südtirol** ermöglicht.

Insgesamt haben **mehr als 1.200 ZuschauerInnen** die Forumtheateraufführungen von „Kein Kies zum Kurven Kratzen_RELOADED“ erlebt und mitgestaltet, rund **120 Male wurde in das Spielgeschehen eingriffen** und versucht Lösungsideen umzusetzen.

Mehr als **100 verschiedene Vorschläge und Lösungsideen** wurden bundesweit dabei formuliert, um (neuer) Armut entgegenzuwirken.

Die Veranstaltungen führten insgesamt zu(r):

- **Erweiterung von Handlungsspielräumen:** Die Möglichkeit und die Einladung, den Handlungsverlauf des Theaterstückes in der „Einstiegs-Phase“ zu verändern, führte zum Erkennen und Mobilisieren des Potentials an individuellen Fähigkeiten/Möglichkeiten der ZuschauerInnen.
- **Vernetzung:** Durch die Veranstaltungen fand sowohl eine Vernetzung von anwesenden und selbst betroffenen Menschen als auch von Organisationen statt.
- **Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen:** Durch Einstiege und das Formulieren von Vorschlägen konnten alle ZuschauerInnen an gesellschaftlichen und politischen Lösungsideen mitwirken.
- **Forcierung des Diskurses über Neue Armut:** Auch ZuschauerInnen, die nicht von der Thematik betroffen waren, setzten sich mit dieser auseinander.
- **Verständnis durch Betroffenheit:** Die Authentizität der Darstellung ermöglichte ein intensives Nachempfinden der psychischen Situation von Menschen in finanziellen Notlagen – auch für ZuschauerInnen, die nicht in das Thema „Armut“ involviert sind.

Die Forumtheateraufführungen wurden auf diese Weise nicht nur zu einem demokratischen Forum für alle Teilnehmenden, sondern aktivierten ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement, an inhaltlicher, politischer wie sozialer Kompetenz.

PROJEKTDATEN

PROJEKTMITWIRKENDE

Projektleitung, künstlerische Gesamtleitung, Regie und Spielleitung:

Michael Wrentschur

DarstellerInnen:

Silvia Gangl

Rainer Hatzl

Franz Hofer

Sandra Nedeljkovic

Gabriele Skledar

Kostüme:

Edith Huber

Bühnenbild:

Bernhard Bauer

Maske:

Lisl Nußhold

Lichttechnik:

Gerhard Michl, Nina Ortner

Technische Produktionsleitung:

Wolfgang Rappel

Organisation, Koordination, Grafische Gestaltung:

Lisl Nußhold

Brigitte Schaberl

Wolfgang Rappel

Josef Mauerlechner (Die Armutskonferenz)

Recherche, Dokumentation:

Michael Wrentschur

Lisl Nußhold

Brigitte Schaberl

Silvia Gangl

Michaela Moser (Die Armutskonferenz)

Öffentlichkeitsarbeit:

Brigitte Schaberl

Inhaltliche Inputs:

Die Armutskonferenz:

Michaela Moser

Josef Mauerlechner

Eugen Bierling-Wagner

Martin Schenk

(MIT-)VERANSTALTERINNEⁿ UND KOOPERATIONSPARTNERINNEⁿ 2010

AB Sozialpädagogik / Inst. f. Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz
ARGE Gemeinwesenarbeit und Erwachsenenbildung
AK Oberösterreich
AK Tirol
AMS Wien
BAS Hartberg
Berufsschulzentrum 7 Graz
BH Hartberg
BIFEB, St. Wolfgang
Bundesgeschäftsstelle des Forums Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich
BRG Dreihackengasse, Graz
Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang
Caritas der Diözese St. Pölten
Caritas Niederösterreich
Caritas Tirol
Caritas Vorarlberg
Chance B-Gleisdorf
Christiane Moser
Die Armutskonferenz
DOWAS
Gemeinde Ebersdorf
Gemeinde Gleisdorf
Gemeinde Kufstein
Haus der Begegnung, Innsbruck
Hunger auf Kunst und Kultur
IfS Vorarlberg
InterACT, Werkstatt für Theater und Soziokultur Graz
Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung Kärnten
Katholischer Akademikerverband Kärnten
Katholisches Bildungswerk Kärnten
Katholische Frauenbewegung Kärnten
Katholisches Familienwerk Kärnten
ÖGB Burgenland
ÖGB Region Obersteiermark Mitte
ÖGB Tirol
ÖGB Vorarlberg
Pfarre Kufstein / St. Vitus
Raiba Bad Waltersdorf
Rotes Kreuz, Bezirksstelle Kufstein
Ressort für Familie, Gesundheit und Sozialwesen der Provinz Bozen |
Assessorato alla famiglia, sanità e politiche sociali
Schuldnerberatung Steiermark Ges.m.b.H
SöDieB Hartberg
Sozialhilfverband Hartberg
Sozialministerium
Sozialplattform OÖ
Sparkasse Bad Waltersdorf
SpectACT, Innsbruck
Theater Kosmos, Bregenz
Verband Österreichischer Volkshochschulen
Verein AHA
Verein unicum:mensch

PROJEKTFÖRDERINNEN 2010

2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

BMASK

BMUKK

EU

Land Steiermark: Kultur

Land Steiermark: Soziales und Arbeit

Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung

Stadt Graz: Kultur

Stadt Graz: Soziales

PROJEKTBEIRAT (SEIT 2007)

Mag.^a Isabella Holzmann

„Hunger auf Kunst und Kultur“/ Culture Unlimited

Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elisabeth Katschnig-Fasch

Institut für Volkskunde und Kulturanthropologie, Universität Graz

Dr.ⁱⁿ Michaela Moser

Sozialethikerin, Obfrau der Armutskonferenz,

Vizepräsidentin des European Anti-Poverty Networks (eapn)

Mag. Robert Reithofer

Geschäftsführer von ISOP – Innovative Sozialprojekte GmbH

Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl

*Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Arbeitsbereich Sozialpädagogik,
Universität Graz*

Mag. Martin Schenk

Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz

Alfred Stingl

Altbürgermeister

Dr. Peter Stoppacher

Institut für Arbeitsmarktforschung

Ass.-Prof. Dr. Gerhard Wohlfahrt

Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Graz

PROJEKTTRÄGER

InterACT – DIE WERKSTATT FÜR THEATER UND SOZIOKULTUR

InterACT ist eine professionelle Theater- und Kulturinitiative, die Theater und szenisches Spiel für eine Kultur des Dialogs und des Zusammenlebens, für Empowerment und Partizipation sowie für persönliche und soziale Veränderung nutzbar macht.

Wir realisieren in einem multiprofessionellen Team Workshops, Projekte und Produktionen als künstlerische und soziale Interventionen in vielfältige Felder, Institutionen und Räume, mit denen wir Grenzen zwischen Alltag, Kultur und Kunst überwinden und zur kreativen Auseinandersetzung mit Konflikten, Problemen und Visionen anregen.

Als ästhetische Mittel verwenden wir in erster Linie interaktive Theaterformen wie das Forumtheater nach Augusto Boal. Wir entwickeln je nach Projekt unsere sparten- und methodenübergreifenden Ansätze, die sich an der interdisziplinären Schnittstelle von Kunst, pädagogischer Praxis und Wissenschaft bewegen, weiter.

Die Schwerpunkte in der Theaterarbeit und Projektstätigkeit sind:

Gruppenspezifische Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen, Frauen, Flüchtlingen, erwerbslosen und wohnungslosen Menschen, HaftinsassInnen, Menschen mit Beeinträchtigungen; Interaktives Theater für Unternehmen und Organisationen; Öffentlicher Raum und Beteiligung; Forumtheater als Werkzeug von BürgerInnenbeteiligung; Gewaltpräventive Theaterarbeit

INTERACT

NEUBAUGASSE 94 / 8020 GRAZ
PHONE FAX: +43 / (0)316 / 72 09 35
MOBILE: +43 / (0)650 / 72 09 35 0
MAIL: OFFICE@INTERACT-ONLINE.ORG
WEB: WWW.INTERACT-ONLINE.ORG

in Kooperation mit:

DIE ARMUTSKONFERENZ NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Die Armutskonferenz ist seit fünfzehn Jahren als Lobby derer, die keine Lobby haben, aktiv. Sie engagiert sich, um Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen zu und gegen Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich zu thematisieren und eine Verbesserung der Lebenssituation Betroffener zu erreichen.

Die in der ARMUTSKONFERENZ zusammengeschlossenen sozialen Organisationen betreuen und unterstützen über 500.000 Hilfesuchende im Jahr.

**ZWISCHENBERICHT
MIT VORSCHLÄGEN ZUR
ARMUTSBEKÄMPFUNG UND -VERMEIDUNG**



2010
Europäisches Jahr
zur Bekämpfung von
Armut und
sozialer Ausgrenzung



bm:uk

bm:uk



kultur steiermark

Stadt **G R A Z** Soziales



pb
österreichische gesellschaft
für politische bildung

Stadt **G R A Z** Kultur



Das Land
Steiermark

→ Soziales und Arbeit